



Gisela Müller

Brandenburger Spendenkampagne
für Zivilgesellschaft
und gegen CDU-Populismus

Grußwort von Gisela Müller.....	02
Intro.....	04
Spendenaufruf.....	06
Warum Rechtspopulismus für unsere Demokratie gefährlich ist.....	08
Chronik populistischer CDU-Politik in Brandenburg.....	09
Kampagnenposter.....	15
Zivilgesellschaft in Brandenburg.....	19
Ich spende 5 Euro für Zivilgesellschaft und gegen CDU-Populismus, weil... ..	25
Was passiert mit den Spenden?.....	26
Hilfestellung: Jede Initiative kann von populistischer Diffamierung betroffen sein.....	29

V.i.S.d.P

Demokratisches JugendFORUM Brandenburg e.V. (DJB)
Breitscheidstrasse 43 c
16321 Bernau

Auflage

2000 Exemplare/ Erscheinungsdatum 1. Auflage: 19. Februar 2011
Gender: Wir haben uns bemüht, den Richtlinien für einen
nicht-sexistischen Sprachgebrauch der Unesco zu folgen.

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre so lange Eigentum
des/der Absenders/Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe-Nahme“
ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird sie nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem/der
Absender/Absenderin unter schriftlicher Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Kontakt/Bestelladresse

Tel: 0177 348 1616
eMail: kontakt@gisela.mueller.org

Spendenkonto

DJB e.V.
Berliner Volksbank
BLZ: 100 900 00
Kontonummer: 739 126 5008

Homepage

www.gisela.mueller.org

Lizenz

Alle Texte dieses Werkes stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe unter
gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Lizenz.



<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/deed.de>

Dies bedeutet, dass Sie die Texte in dieser Broschüre vervielfältigen, verbreiten und zugänglich
machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen anfertigen dürfen. Zudem müssen die Texte
dann wieder unter der gleichen Lizenz mit einem Verweis auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/deed.de>
de versehen werden. Dies ist Ihnen unter der Bedingung gestattet, dass Sie einen Link auf www.gisela.mueller.org setzen
müssen. Ausgeschlossen ist eine kommerzielle Nutzung der Texte.

Grußwort von Gisela Müller

Sehr geehrte Brandenburgerinnen und Brandenburger,
liebe Freundinnen und Freunde,

Vor gut einem Jahr sprachen mich mein Enkel und seine Freunde an und baten um Unterstützung. Was ihnen damals widerfuhr, macht mich heute noch ganz wütend: Medienwirksam wurde ihnen unterstellt, sie riefen zu Gewalt auf. Dabei ist ihr gemeinnütziger Verein „InWoLe e.V.“ über Potsdam hinaus als vorbildlich kreativ und basisdemokratisch bekannt. Seit Jahren bauen sie in mühevoller ehrenamtlicher Arbeit ein großes Projekthaus in Potsdam Babelsberg auf. Dieses Haus haben sie ganz allein gekauft, sanieren und renovieren es nach ökologischen Kriterien und bieten darin vielen Initiativen und Projekten ein Zuhause – von Bildungsseminaren bis zu generationsübergreifenden Begegnungen, von interkulturellen Veranstaltungen bis zu ökologischen Initiativen.

Selbstverständlich habe ich ihnen damals geholfen und mit viel Mühe und Arbeit ließen sich auch die Diffamierung zurückweisen und Richtigstellungen in der Presse erwirken. Aber können Sie sich vorstellen, was das die jungen Leute an Kraft, Zeit und Geld gekostet hat? Und haben sie dafür eine Entschädigung bekommen? Nein. Sie standen allein mit den Kosten da.

Seither verfolge ich solche Nachrichten aufmerksamer und muss bemerken, dass das Geschehen in Potsdam leider kein Einzelfall ist. So wie meinem Enkel geht es vielen Menschen in Brandenburg. Zivilgesellschaftliche, basisdemokratische Arbeit wird diffamiert und entwürdigt, verlacht und viel zu wenig unterstützt. Was mich dabei am meisten ärgert: Es sind nicht etwa einzelne Schmierfinken oder dumme Menschen, die dies betreiben. Nein, solche Angriffe kommen in Brandenburg vor allem von einem rechtspopulistischen Flügel der CDU, der damit offensichtlich um Wählerstimmen heischt.





Ich bin selber christdemokratisch und stehe einer konservativen Politik nahe. Aber was hier passiert, geht doch entschieden zu weit. Ich habe mich darum entschlossen, mit meinem Enkel und seinen Freunden eine gemeinsame Kampagne zu starten. Wir wollen möglichst viele Menschen finden, die uns 5 Euro spenden und damit symbolisch zeigen, dass sie diese populistische Politik ablehnen und die Brandenburger Zivilgesellschaft mit einem konkreten Beitrag unterstützen.

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, liebe Freundinnen und Freunde – lassen Sie uns gemeinsam die Stimme erheben und einer vielfältigen demokratischen Kultur mehr Aufmerksamkeit verschaffen! Stellen Sie sich gemeinsam mit mir hinter unsere demokratische Zivilgesellschaft!

Ihre Gisela Müller



Die Brandenburger Zivilgesellschaft hat ein Problem. Spätestens seit die CDU Oppositionspartei ist, versuchen einige ihrer Politiker, mit Populismus Wählerstimmen zu gewinnen. Kleine Brandenburger Vereine müssen sich immer wieder gegen eine Stimmungsmache, die auf Anfeindungen und gezielten Diffamierungen beruht, zur Wehr setzen. In der Kampagne „5 Euro für eine lebendige Zivilgesellschaft – und gegen CDU-Populismus“ haben wir uns zusammengeschlossen, um dieser CDU-Oppositionspolitik Einhalt zu gebieten. Gemeinsam können wir gegen die rechtspopulistische Politik in Teilen der CDU ein Zeichen setzen.

In dieser Broschüre finden Sie zum einen Erläuterungen zur Wirkungsweise von Populismus und zur Rolle von Zivilgesellschaft in einem demokratischen Brandenburg. Zum anderen finden Sie eine ausführliche Darstellung rechtspopulistischer und antidemokratischer Äußerungen und Handlungen einiger führender brandenburgischer CDU-Mitglieder, die wir als rechtspopulistischen Flügel der Partei wahrnehmen. Sie zeigt deutlich das Ausmaß von Schäden, die diese Politik bislang schon angerichtet hat.

Populisten zu stoppen, ist eine schwierige Aufgabe, vor allem wenn es sich dabei um einflussreiche Persönlichkeiten handelt. Hier brauchen wir Ihre Unterstützung und Solidarität. Deswegen bitten wir Sie um Ihre 5-Euro-Spende – für die Brandenburger Zivilgesellschaft und gegen CDU-Populismus. Durch die vielen einzelnen 5-Euro-Spenden wollen wir der CDU klar zeigen, dass viele Menschen diesen Populismus ablehnen und keine Angst haben, dagegen aufzustehen.

Wir wollen die CDU daran erinnern, dass es ebenso aktive Demokraten in der CDU gibt, die sich in ehrenamtlichen Vereinen engagieren und genauso wie Bürgerrechtler und





Sozialdemokraten, Linke und Grüne, Sportfans und Musikbegeisterte, Kulturschaffende und Naturbegeisterte sich für eine demokratische Gesellschaft stark machen. Ein Ausdruck davon sind die breiten demokratischen Bündnisse, die sich auch in Brandenburg gemeinsam Neonazis in den Weg stellen. Mit einer populistischen Politik werden all diese und weitere Initiativen diskreditiert, gehemmt und blockiert – und es wird das Klima für eine demokratischen Zusammenarbeit vergiftet.

Die Spenden werden durch das Demokratische JugendFORUM Brandenburg e.V. (DJB) verteilt, ein Netzwerk von Brandenburger lokalen und überregionalen zivilgesellschaftlichen Vereinen und Initiativen. Hintergrundinformationen zur Verwendung der Spendengelder finden Sie auf Seite 28. Aktuelle Informationen zu dieser Kampagne finden Sie unter www.gisela-mueller.org.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist in einer demokratischen Gesellschaft unabdingbar, und eine Diskreditierung unserer Arbeit können und wollen wir nicht hinnehmen. Seien Sie mit 5 Euro dabei!



SPENDENAUFTRUF

Für den Erhalt einer lebendigen Brandenburger Zivilgesellschaft, bitten wir Sie um eine Spende von 5 Euro.

Wir sind Brandenburger Jugendinitiativen und Kulturprojekte, Bildungs- und Sportvereine und Jugendzentren. Als engagierte Zivilgesellschaft stehen wir vor einem Problem. Spätestens seit die CDU Oppositionspartei ist, versuchen einzelne Politiker aus ihren Reihen mit Rechtspopulismus Wählerstimmen zu gewinnen. Immer wieder bemühen sich einzelne CDU-Vertreter, Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus als undemokratisch und extremistisch zu diskreditieren. Kleine Brandenburger Vereine müssen sich ständig gegen eine Stimmungsmache aus Anfeindungen und Diffamierungen zur Wehr setzen.

Das muss aufhören!

In der Kampagne „5 Euro für eine lebendige Zivilgesellschaft – und gegen CDU-Populismus“ haben wir uns zusammengeschlossen, um dieser CDU-Oppositionspolitik Einhalt zu gebieten.

Ihre Überweisung leiten Sie bitte auf das Konto:

DJB e.V.
Berliner Volksbank
BLZ: 100 900 00
Kontonummer: 739 126 5008
Stichwort: Gisela



Helfen Sie uns, ein deutliches Signal an die CDU zu senden, dass diese Politik keine neuen Wählerstimmen bringt, sondern die Entwicklungen der Brandenburger Zivilgesellschaft bedroht.

Konkret hilft Ihr Geld >>>

Eine aktuelle Übersicht der eingegangenen Spenden und deren konkrete Verwendung finden Sie auf: www.gisela.mueller.org



Ganz konkret hilft Ihr Geld den betroffenen Projekten und Vereinen, zivilgesellschaftliches Engagement fortzuführen.

Wir brauchen Geld für:

Eine Liste mit ausführlichen Informationen, wie die Spendengelder verwendet werden sollen, finden Sie auf Seite 28.

- den Wiederaufbau von demokratischen Einrichtungen, die von Neonazis zerstört wurden, wie das „Haus der Demokratie“ in Zossen oder der Jugendraum in Spremberg,
- die Einrichtung eines Multifunktionsraums für Vorträge, Workshops, Seminare im Potsdamer Projekthaus, das aufgrund diffamierender Extremismus-Vorwürfe Gelder für Anwaltskosten statt wie geplant für den Ausbau des Hauses ausgeben musste,
- ein Trainingslager eines kleinen ehrenamtlich organisierten Sportvereins, der Kindern aus armen Familien die Teilnahme ermöglichen möchte,
- den Aufbau eines Veranstaltungsraums für alternative und ehrenamtlich organisierte Jugendkulturveranstaltungen in Frankfurt/Oder,
- die antirassistischen Fanprojekte „Der Ball ist bunt“, die Rassismus in der Fußballfanszene bekämpfen wollen,
- den Erhalt und Aufbau von Internet-Cafés in Brandenburger Flüchtlingsheimen, wo es kaum alternativen Möglichkeiten für Asylsuchende gibt, sich zu vernetzen und zu informieren,
- und vieles mehr.

Gemeinsam können wir gegen die rechtspopulistische Politik in Teilen der CDU ein Zeichen setzen. Nur so kann eine Brandenburger Zivilgesellschaft als wichtiger Teil einer Demokratie erhalten werden.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist in einer demokratischen Gesellschaft unabdingbar, und eine Diskreditierung unserer Arbeit können und wollen wir nicht hinnehmen.



Warum Rechtspopulismus für unsere Demokratie gefährlich ist

In unserer demokratischen Gesellschaft sind wir darauf angewiesen, dass Politiker eine verantwortungsvolle Arbeit leisten, sich Sachkenntnisse aneignen und die Ursachen und Hintergründe für politische Entscheidungen der Bevölkerung vermitteln.

Rechtspopulismus ist das ganze Gegenteil davon: Populistische Politiker arbeiten mit der Angst der Menschen und nicht an der Lösung bestehender gesellschaftlicher Probleme. So wollen sie zu Wählerstimmen kommen – das Einzige, was sie zu interessieren scheint. Auf die kurzfristige Anerkennung breiter Bevölkerungsschichten hoffend, orientieren sie sich an Themen und Positionen, die polarisieren und Gruppen gegeneinander aufhetzen. Der Stammtisch ist die Heimat des Rechtspopulismus – was dort die Menschen mitreißt, greift er auf. Stammtischparolen sind die politischen Aussagen von Populisten.

Rechtspopulistische Politiker manipulieren so die demokratische Basis einer Gesellschaft. Sie ignorieren bewusst konstruktive Vorschläge und eine echte Beteiligung an einer gemeinsamen Diskussion zum Erarbeiten von Problemlösungen. Ihnen geht es letztlich um den eigenen Machtgewinn und nicht darum, dass alle an der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft mitwirken können.

Wird beispielsweise zivilgesellschaftliches Engagement gegen Nazismus, für globalen Umweltschutz oder andere Themen in der Öffentlichkeit durch etablierte Politiker populistisch angegriffen, schadet dies der Demokratie gleich mehrfach: Zum einen wird das Engagement der in den Projekten aktiven Brandenburgerinnen und Brandenburger entwertet. Zum anderen kann es auf die ehrenamtlichen Akteure der zivilgesellschaftlichen Projekte so demotivierend wirken, dass sie entnervt oder entmutigt aufgeben. Dann verlieren viele Bürgerinnen und Bürger ihren Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe und ihr Vertrauen in demokratische Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse.

„Demokratie kann nicht auf einmal errichtet, nicht über Nacht entwickelt werden. Demokratie muss in Bewegung bleiben, wie ein Strom, fortwährend.“

(sagte der kirgisische Schriftsteller Tschingis Aitmatow an seinem 79. Geburtstag, 12. Dezember 2007)



Chronik populistischer CDU-Politik in Brandenburg

Wenn sich in einer Partei Kräfte durchsetzen, für die es normal ist, den E-Mail-Verkehr der eigenen Parteimitglieder zu überwachen oder die richterliche Unabhängigkeit in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Frage zu stellen, dann muss eine demokratische Öffentlichkeit wach werden.

Wenn Politiker einer Partei den geleisteten Widerstand gegen Nazideutschland als Gewalttaten diffamieren und gezielt in rechtspopulistischen Zeitungen Interviews geben, dann müssen sie sich zu Recht fragen lassen, wie unterscheidbar ihre Politik von denen der Neonazis ist.

Wenn es zur Praxis eines Politikers gehört, seine politischen Gegner in jeder nur erdenklichen populistischen Form anzugreifen, dann muss dieser sich auf seine Demokratiefähigkeit hin befragen lassen. Denn wer dem demokratischen Engagement seiner politischen Gegenüber nicht den nötigen Respekt entgegenbringt, zerstört die Basis eines gesellschaftlichen Miteinanders.



In Teilen der Brandenburger CDU finden sich seit Jahren viele Warnhinweise, die wir auszugsweise dokumentieren. Als demokratische Öffentlichkeit müssen wir diese Politiker ernst nehmen und ihnen gemeinsam Einhalt gebieten, weil sie – um auf populistischen Stimmenfang zu gehen – sogar bereit sind, wertvolle zivilgesellschaftliche Projekte anzugreifen oder möglicherweise am Ende dadurch sogar zu zerstören. Das lassen wir nicht zu!

Chronik

Eine Chronik

Der CDU-Landeschef in Brandenburg, Jörg Schönbohm, gibt der rechtskonservativen Zeitung „Junge Freiheit“ ein Interview. Laut „Berliner Zeitung“ spricht Schönbohm darin über seine Idee von Nation und möchte mit dem Interview zeigen, dass es in der CDU Positionen gibt, „die auch ein Teil der Rechten für richtig hält.“

**März 1999,
Potsdam**

(Berliner Zeitung,
27.3.1999)

Der Sprecher des Innenministeriums, Heiko Homburg, kämpft für seine CDU mit allen Mitteln – auch wenn diese moralisch verwerflich und unlauter erscheinen. Im Landestagswahlkampf lässt er sich auf das Niveau von Schulbuben-Streichen herab. Durch Domain-Grabbing, das Wegschnappen der Namen von Webseiten, leitet Homburg Internetnutzer, die sich ursprünglich über die PDS Brandenburg, den SPD-Kandidaten Manfred Stolpe oder die SPD-Politikerin Regine Hildebrandt informieren wollten, auf die Webpräsenz von Jörg Schönbohm um.

**August 1999,
Potsdam**

(Die Welt,
19.8.1999)

Der Sprecher des Innenministeriums, Heiko Homburg gibt sich als langjähriger Leser des rechten Blattes „Junge Freiheit“ zu erkennen und gratuliert laut „Tagesspiegel“ in einer abgedruckten E-Mail in der Ausgabe 16/2000 (14.4.2000) der „Jungen Freiheit“ zum neuen Design. Die SPD fordert im November des Jahres die Entlassung Homburgs. Schönbohm verteidigt Homburgs Leserbrief hingegen als ironisch. Heiko Homburg ist heute Leiter des Referats für Öffentlichkeitsarbeit des Brandenburger Verfassungsschutzes.

**April 2000,
Potsdam**

(Tagesspiegel,
28.11.2000)

In Potsdam sind ehemals besetzte Häuser und derzeitige linke Wohn- und Kulturprojekte wichtige Orte emanzipatorischer Jugendarbeit. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Sven Petke, fordert die Stadt auf, möglichst alle besetzten Häuser sofort räumen zu lassen. Der stellvertretende Kreisvorsitzende der Jungen Union, Sebastian Schütze, unterstellt den Hausbewohnern unter anderem Drogenhandel und Waffenbesitz. Während Bürgermeister Jann Jakobs (SPD) um eine kommunalpolitisch tragfähige Lösung für die Zukunft der Hausprojekte ringt, diffamiert ihn die Brandenburger CDU-Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche als ein „Sicherheitsrisiko ersten Ranges“.

**Juni 2000,
Potsdam**

(Märkische Allgemeine Zeitung, 3.6.2000, Neues Deutschland, 3.6.2000, Märkische Allgemeine Zeitung, 6.6.2000)





**November 2000,
Potsdam**

(Berliner Zeitung,
29.11.2000)

Im November 2000 entbrennt innerhalb der CDU eine heftige Diskussion um die Umsetzung der sogenannten Altfallregelung in Brandenburg. Die Zukunft von 400 Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, die vor 1993 in die BRD eingereist waren, steht dabei auf dem Spiel. Ginge es nach Petke, Schönbohm und Dombrowski, sollten diese abgeschoben werden. Die CDU-Fraktionsvorsitzende Beate Blechinger setzt sich jedoch gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD und Kirchenvertretern für eine liberalere Handhabung der Regelung ein, wie sie auch im Nachbarland Berlin angewendet wird. Demnach würde die Vorgabe, im Rahmen der Altfallregelung einen Arbeitsvertrag nachweisen zu müssen, angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ausgesetzt werden und die 400 Menschen könnten ein Bleiberecht erhalten. Besonders angeheizt wird die Debatte von Heiko Homburg, der in der „Berliner Zeitung“ Stimmung gegen Asylbewerber macht. Die SPD fordert eine Entlassung Homburgs, auch in Hinblick auf dessen Brief an die „Junge Freiheit“ vom April.

**August 2003,
Potsdam**

(Berliner Zeitung,
19.8.2003,
Der Spiegel,
16.4.2004)

Gezielter Subventionsbetrug, dubioses Vertuschen, vorsätzliches Ausschlachten einer Brandenburger Firma – die Vorwürfe gegen den Familienbetrieb der Firma Hesco wiegen schwer. Das Pikante an der Angelegenheit: Die Brandenburger CDU-Bundestagsabgeordnete Katharina Reiche war Mitinhaberin der Firma. Die „Berliner Zeitung“ und „Der Spiegel“ holen diesen Vorgang ans Licht, die IG Metall und die Beschäftigten gehen alle gerichtlichen und öffentlichen Wege des Protests, aber zu Verurteilungen kommt es nicht. Den „Spiegel“-Recherchen zufolge wurden die Untersuchungen zum Verdacht des Subventionsbetrugs von immerhin 930.000 Euro und zur Massenentlassung von 70 Mitarbeitern vermutlich durch das Brandenburger CDU-geführte Wirtschaftsministerium beeinflusst. Der Subventionsbetrug kann nie nachgewiesen werden und es müssen keine Fördergelder zurückgezahlt werden. Der Fall bleibt dubios.

**Landtagswahl-
kampf 2004,
Potsdam**

(Die Welt, 22.6.2005)

Im Bundesvergleich ist die Quote von Schulschwänzern in Brandenburg mit 1-3 % eher gering. Dennoch fordert der CDU-Innenpolitiker Sven Petke, gegen die meist 15- bis 16-jährigen Schülerinnen und Schüler mit aller Härte vorzugehen und Schulschwänzen notfalls mit Hilfe der Polizei zu verhindern. Im Landtagswahlkampf 2004 fordert die CDU sogar elektronische Fußfesseln für straffällige Schulschwänzer.



Sven Petke, CDU-Generalsekretär, beschimpft den Schulleiter des Rangsdorfer Fontane-Gymnasiums nach dessen Aussage in derbster Art und Weise, nachdem dieser sich beschwert hatte, Petke habe einen Besuch an der Schule zu Wahlkampfzwecken genutzt. Der Schulleiter und das Bildungsministerium prüfen eine Strafanzeige gegen den CDU-Mann.



Anlässlich der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz besucht Peter Gingold, Mitglied in der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) die Stadt Frankfurt/Oder. Gingold, der als jüdischer Deutscher in der französischen Résistance gegen das Naziregime aktiv war, hält die Gedenkredede auf der von der Stadt Frankfurt am 27.1.2005 in der Konzerthalle organisierten Veranstaltung „Erinnern für die Zukunft“. Der Generalsekretär der CDU, Sven Petke, wirft Gingold vor, „Gewalt unterstützt“ zu haben. Stefan Große Boymann, Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU, bezeichnet gleich den gesamten VVN-BdA als linksextrem.

Der jetzige stellvertretende Landesvorsitzende der Brandenburger CDU, Sven Petke, lässt nichts aus: Auf die Frage nach der Anfangszeile der deutschen Nationalhymne zitiert Petke in einem Gespräch mit der „Lausitzer Rundschau“ die Textzeile „Deutschland, Deutschland über alles“. Im Interview spricht er sich für einen strengen Einbürgerungstest für Einwanderer aus, wie er von Hessen vorgeschlagen wurde. In diesem Test wird auch nach der Anfangszeile der Nationalhymne gefragt, die Petke selbst nicht wusste.

**Landtagswahlkampf
2004, Rangsdorf**

(Der Tagesspiegel,
23.9.2005)

**Januar 2005,
Frankfurt/Oder**

(www.ostblog.de
Hart an der Grenze -
Frankfurt oder
Frontstadt, 2006)

**März 2006,
Potsdam**

(Focus online,
25.3.2006)





**6.9.2006,
Prenzlau:**

(Netzzeitung,
6.9.2006)

Nachdem der Kreistagsabgeordnete Moser (DIE LINKE) das mangelnde Demokratieverständnis bei der CDU am Beispiel der E-Mail-Bespitzelungsaffäre kritisiert, fühlt sich der CDU-Politiker Andreas Moch daraufhin derart angesprochen, dass er seinem Amtskollegen Moser in einer E-Mail wüste Drohungen sendet, unter anderem wolle er ihn „auf dem Scheiterhaufen brennen sehen“. Er bedauert weiter, den Abgeordneten Moser bislang „noch nicht eliminieren“ zu können.

**September 2006,
Potsdam**

(Märkische Oderzeitung, 25.2.2008,
Der Tagesspiegel,
13.2.2008)

Sven Petke, CDU-Landesvizevorsitzender und Vorsitzender des Rechtsausschusses des Landtags, wird beschuldigt, die Überwachung und teilweise Zurückhaltung von E-Mails von CDU-Landesvorstandsmitgliedern veranlasst zu haben. Petke übernimmt keine politische Verantwortung für diese Vorwürfe und bleibt im Amt. Nach Jahren des Rechtsstreits wird das Verfahren eingestellt. Welche Rolle Petke in dieser E-Mail-Affäre wirklich spielte, bleibt bis heute unklar.

**Mai 2008,
Potsdam**

(Potsdamer Neueste Nachrichten,
30.5.2008)

Sven Petke erklärt, die richterliche Unabhängigkeit bereite bei der Einführung von härteren Strafen für jugendliche Probleme. Petke, der den Vorsitz des Rechtsausschusses im Landtag innehat, wird vom Brandenburger Richterbund daraufhin der Rücktritt nahegelegt. Wieder übernimmt Petke keine Verantwortung, sondern spricht von einem Missverständnis und bleibt im Amt.

**November 2008,
Frankfurt/Oder**

(Presseerklärung zur
Stadtverordnetenversammlung vom 11.
Dezember 2008 von
Utopia e.V. und Märkische
Oderzeitung,
13.12.2008)

Utopia e.V. setzt sich seit vielen Jahren gegen Rassismus und Antisemitismus in Frankfurt/Oder ein. In einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, in der die Arbeit des Vereins debattiert wird, behauptet der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Melchert sinngemäß, die Verbrechen der „Linken“ nach dem 2. Weltkrieg seien schlimmer als die der „Rechten“.



Horst Heinzel und Maike Dencker, beide CDU-Stadtverordnete in Potsdam, polemisieren gegen Linke. Anlässlich eines CDU-Antrags in der Stadtverordnetenversammlung zur Beseitigung von Graffiti am Bahnhof Charlottenburg, werden die Wandmalereien des Hausprojekts in der Zeppelinstraße 26 von Heinzel als Schmierereien diffamiert. Dencker kritisiert das Hausprojekt in der Charlottenstrasse 28 und stellt die Kompetenz des Trägervereins in Frage.

**April 2009,
Potsdam**

*(Potsdamer Neueste
Nachrichten, 8.4.2009)*

Zwischen Mai und Oktober brennen im Ortsteil Neu Fahrland (Potsdam) mehrere Fahrzeuge. Die polizeiliche Ermittlungsgruppe kann über Monate keine Erkenntnisse zu Tätern und den Gründen der Anschläge gewinnen und hält einen linksextremistischen Hintergrund für „wenig wahrscheinlich“, da es weder Bekennerschreiben gab, noch es sich um Fahrzeuge gehobener Klassen handelte. Vielmehr vermutet die Polizei einen lokalen Konflikt in der Eigenheimsiedlung oder einen persönlichen Racheakt. Doch die Faktenlage scheint Saskia Ludwig, CDU-Vizefraktionschefin im Landtag, nicht zu interessieren. Sie nimmt die Brandanschläge zum Anlass, Innenminister Rainer Speer (SPD) vorzuwerfen, er gebe „die Straße für autonome Gruppen frei, die die Bürger mit ihren Gewaltexzessen terrorisieren“, wenn er im Rahmen der Polizeireform 3.000 Stellen im Polizeiapparat einsparen will.

**November 2009,
Potsdam**

*(Potsdamer Neueste
Nachrichten,
23.11.2009)*

Der Verein „InWoLe e.V.“ ist in Potsdam ein seit vielen Jahren anerkannter Träger, der sich bildungspolitisch, interkulturell und ökologisch engagiert. Nachdem eine globalisierungskritische Potsdamer Initiative auf der Internet-Plattform des Vereins einen Aufruf zu gewaltfreien Protesten zum Welt-Klimagipfel in Kopenhagen veröffentlicht, wird dem Verein auf der Website vom Brandenburger Verfassungsschutz vorgeworfen, zu Gewalt aufgerufen zu haben. Verantwortlich für den Beitrag ist Heiko Homburg, ehemaliger Büroleiter des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag Brandenburg und heutiger Leiter des Referats Öffentlichkeitsarbeit im Brandenburger Verfassungsschutz. Daraufhin wird der Verein „InWoLe e.V.“ von CDU-Politikern angegriffen. Der Vize-Landesvorsitzende der CDU, Sven Petke, fordert in den „Potsdamer Neueste Nachrichten“ die Förderung des Vereins durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einzustellen, die daraufhin für einige Monate eingefroren wird. Nach eingehender Prüfung und deutlichem Protest von Geldgebern und Projektpartnern, korrigiert der Verfassungsschutz Brandenburg seine Fehleinschätzung und stellt dem Verein eine Unbedenklichkeitsbescheinigung aus. Die Fördermittel werden weiter gezahlt. Nur Sven Petke korrigiert seine Aussagen nicht und entschuldigt sich nicht.

**Dezember 2009,
Potsdam**

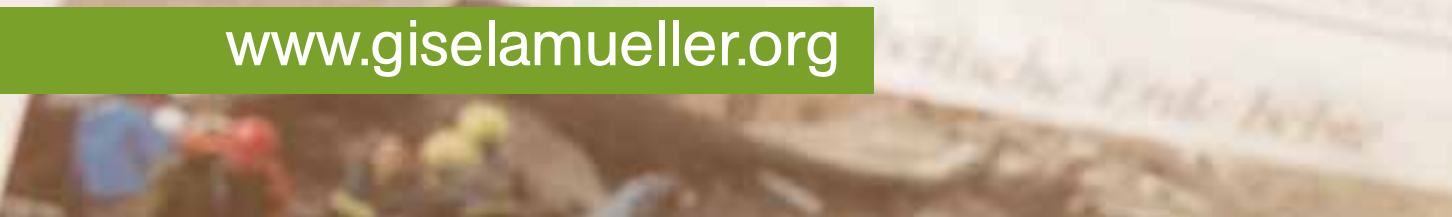
*(Potsdamer Neueste
Nachrichten,
12.12.2009)*





POTSDA
urste  Ma

www.giselamueller.org



Gisela Müller

Die Kampagne für Zivilgesellschaft
und gegen CDU-Populismus

AMNEID
chrichten



**Januar 2010,
Potsdam**

(Märkische All-
gemeine Zeitung,
14.01.2010)

Unter dem Motto „Bieten Träume, suchen Räume“ hat sich in Potsdam eine Vielzahl von Trägern und Jugendgruppen zusammengeschlossen, um Räumlichkeiten in Potsdams Innenstadt für ein umfangreiches Jugendkultur-, Bildungs- und Freizeitprogramm zu erstreiten. Nach langen Planungen im gemeinsamen Workshop von 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Arbeitskreis „Alternative Jugendkultur“, der Verwaltung und Abgeordneten der Stadt Potsdam, den Stadtwerken und dem Stadtjugendring kann ein Startschuss für die erste dreijährige Projektentwicklungsphase des neuen Jugendzentrums „Freiland“ gegeben werden. Nur Potsdams CDU-Kreisvorsitzende Katherina Reiche ist nicht bereit, das Jugendkulturzentrum „Freiland“ zu unterstützen. Sie sorgt sich, dass „radikale Linke“ das Projekt nutzen könnten.

**Februar 2010,
Potsdam**

(Märkische All-
gemeine Zeitung,
3.3.2010)

Das Bundesverfassungsgericht hat sein Urteil zur Unrechtmäßigkeit von Daten-Vorratsspeicherung kaum veröffentlicht, da meldet sich Sven Petke zu Wort. Wir bräuchten die Überwachung von Telefon und Internet, fordert der ehemalige Verfassungsschützer und heutige innenpolitische Sprecher der CDU Brandenburg. Trotz der E-Mail-Affäre, die die Brandenburger CDU 2006 belastete, scheint Sven Petke von der Notwendigkeit und Richtigkeit von E-Mail-Überwachung überzeugt zu sein.

**Februar 2010,
Potsdam**

(Potsdamer Neu-
este Nachrichten,
9.2.2010)

Im Januar und Februar 2010 finden Demonstrationen gegen die rot-rote Landesregierung statt. Das einstige CDU-Mitglied Volkmar Näder, der im Januar 2009 wegen interner Machtpolitik aus der CDU ausgetreten war, vergleicht auf einem Transparent im Februar durch die Wortbildung „Stazis“ ehemalige MfS-MitarbeiterInnen mit Nazis. Der Vergleich, so Näder, sei beabsichtigt und gewollt.

März, 2010

(Potsdamer Neu-
este Nachrichten,
24.3.2010)

Sven Petke verteidigt einen Tramfahrer in Potsdam, der die rechtspopulistische Zeitung „Junge Freiheit“ offen sichtbar in der Tram transportierte, und weist darauf hin, dass er eine Auseinandersetzung mit den Inhalten rechter Zeitungen für notwendig hält.

**April 2010,
Potsdam**

(Junge Freiheit,
13.4.2010)

In der rechtspopulistischen Zeitung „Junge Freiheit“ beschwert sich CDU-Vizevorsitzender Sven Petke darüber, dass beim Brandenburger Verfassungsschutz 25 Stellen bis zum Jahr 2014 abgebaut werden sollen. Weiter sagt Petke der Zeitung, islamistische Bedrohungen würden in Brandenburg nicht ernst genommen.



Hans-Wilhelm Dünn, Landesvorsitzender der Jungen Union, kennt sich aus. Da er in seiner Jugend auf einer Klassenfahrt nach Amsterdam Mitschüler beim Cannabiskonsum beobachtet hatte, weiß er, wohin eine Legalisierung führen würde: zu Abhängigkeiten und steigenden Konsumentenzahlen. Zudem seien Cannabiskonsumenten dafür bekannt, „öfter ihre Miete nicht zu zahlen“.

In einem Artikel in der rechtskonservativen Zeitung „Junge Freiheit“, die sich als Sprachrohr der Neuen Rechten versteht, spricht die brandenburgische CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Saskia Ludwig über den drohenden Verlust des konservativen Profils der Partei. Ludwig bedauert in dem Interview beispielsweise die Kritik einiger CDU-Parteimitglieder an Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab.“ Sarrazin habe einen Nerv in der Bevölkerung getroffen und darum solle die CDU diese Stimmung aufnehmen. Sie schlägt sodann vor, genauer zu prüfen, welche Zuwanderer Deutschland nützen und welche nicht.

Im Vorfeld einer geplanten Sarrazin-Lesung in Potsdam versucht die CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende, Saskia Ludwig, Sarrazin-Kritiker mit dem Schlagwort „Linksradikale“ mundtot zu machen. In einem Artikel auf der Website der Brandenburger CDU verhöhnt sie Sarrazin-Kritiker als „Berufsgutmenschen“ und versucht so, sie politisch als unglaubwürdig zu isolieren.

**Mai 2010,
Potsdam**

(Märkische Allgemeine Zeitung, 28.5.2010)

**September 2010,
Potsdam**

(Märkische Allgemeine Zeitung, 17.09.2010, Junge Freiheit, 16.09.2010)

**September 2010,
Potsdam**

(<http://www.cdu-brandenburg.de/946.html>, Zugriff 30.1.2011)

**Dezember 2010,
Potsdam**

(Berliner Morgenpost, 11.12.2010)

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Potsdamer Landtag, Sven Petke, fordert die rot-rote Landesregierung auf, Castor-Gegner, die den Castor-Transport stören, an Kosten für Polizeieinsätze zu beteiligen.



ZIVILGESELLSCHAFT

In Brandenburg gibt es eine vielfältige Zivilgesellschaft, die in ganz unterschiedlichen Bereichen aktiv ist. Sie ist Ausdruck von Demokratie im eigentlichen Sinne: Menschen haben an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen teil und fordern Mitgestaltung nicht nur ein, sondern praktizieren sie ganz selbstverständlich. Diese Zivilgesellschaft ist weltoffen, selbstbewusst und engagiert. Wir stellen Ihnen einen kurzen Ausschnitt dessen vor, was und wen wir mit der Brandenburger Zivilgesellschaft meinen:

Selbstorganisierte Jugendzentren

In Brandenburg haben sich seit 1990 Jugendliche immer wieder in unabhängigen Jugendinitiativen zusammengefunden, um eine aktive, demokratische Jugendkultur zu entwickeln und selbst herauszufinden, wie Mitbestimmung in der Praxis funktioniert.



Aus kleinen Initiativen sind vielerorts selbstorganisierte Jugendzentren entstanden, von denen einige schon über 18 Jahre lang wichtige ehrenamtliche Arbeit im Land Brandenburg leisten. Inzwischen gibt es in fast jeder größeren Brandenburger Stadt mindestens einen solchen aktiven Träger: in Frankfurt/Oder und Brandenburg, in Neuruppin und Cottbus, in Potsdam, aber auch in Bernau, Strausberg, Falkensee und in anderen Orten. Es mag zwar wenige Jugendliche in Brandenburg geben, aber die wissen dafür, was sie wollen.

IN BRANDENBURG

Außerschulische Bildung

Außerschulische Bildungsarbeit ist in Brandenburg notorisch unterfinanziert, leistet aber dennoch einen enormen Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft.

Viele Träger der außerschulischen Bildungsarbeit scheuen weder die schlechte Bezahlung noch die langen Fahrtstrecken, die Bildungsarbeit im ländlichen Brandenburg mit sich bringt. Mit viel Enthusiasmus haben sie sich zum Ziel gesetzt, mit ihrer Arbeit Horizonte zu öffnen, Begegnungen zu ermöglichen und Gestaltungsspielräume aufzuzeigen, in denen Demokratie verstanden, erkämpft und gelebt werden kann. Von A wie Antirassismus bis Z wie Zukunftswerkstatt gibt es wohl kaum ein Thema in der Bildungsarbeit, das in den letzten Jahren nicht von einem der unabhängigen Jugendbildungsträger aufgegriffen wurde. Allein die im Demokratischen JugendFORUM Brandenburg organisierten Träger haben im Jahr 2010 mehr als 120 Jugendbildungsveranstaltungen mit mehr als 2.300 Teilnehmern organisiert.



Hausprojekte

Im Land Brandenburg gibt es über 70 Zentren für zivilgesellschaftliche Projekte ganz unterschiedlicher Art: Neben selbstorganisierten Jugendzentren gibt es zahlreiche Bürger-Projekthäuser, alternative Wohnprojekte, Kommunen, Mehrgenerationenhäuser oder auch Landprojekte. Sie bieten hunderten von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen Raum für Projektarbeit, technische Unterstützung und Know-How, garantieren soziale Mieten und gesellschaftliche Teilhabe, integrieren benachteiligte Menschen und erproben solidarische Lebensformen. Auch wenn der Lebensstandard in Brandenburg gerade in ländlichen Regionen zuweilen niedrig ist, unser Motto bleibt: Arm, aber solidarisch!

ZIVILGESELLSCHAFT

Friedensbewegung in Brandenburg

Kriege spielten in der Geschichte Brandenburgs eine leider viel zu große Rolle. Der preußische Militarismus prägte und formte Brandenburg hunderte Jahre lang. Vielleicht hat sich gerade deshalb in den letzten zwanzig Jahren eine Friedensbewegung in Brandenburg entwickelt, die sich gegen Militarismus und eine Präsenz von Militär im gesellschaftlichen Leben stark macht. Nicht nur gegen das ehemals geplante Bombodrom oder den aktuellen Afghanistan-Krieg mobilisierten und mobilisieren sich viele Bürgerinitiativen und Friedensgruppen. Auch öffentliche Gelöbnisse, Militaria-Vereine oder aber die allgemeine Wehrpflicht wurde immer wieder kritisiert. Die Initiativen und Vereine sind vielfältig und reichen vom „Brandenburger Landesverband der bundesdeutschen Organisation von Kriegs- und Militärgegnern – BamMI-DFG/VK“, Bürgerinitiativen wie die „Freie Heide“, der „Pro Heide“, der „Friedensinitiative Kyritz-Ruppiner Heide“, der „Sichelschmiede“ und der Gruppe „Alltag und Krieg“, über lokale Gruppen wie die „Friedenskoordination Potsdam“ und die „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“, bis hin zu den Organisatorinnen und Organisatoren des alljährlichen Strausberger Friedensfestes.



Kultur in Brandenburg

Burkhard Jungkamp, Koordinator des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“, hätte die Bedeutung von Kunst und Kultur für jede demokratische Gesellschaft nicht besser zusammenfassen können: „Gerade in der kulturellen Vielfalt, die eine Gesellschaft ermöglicht und zulässt, kommt ihr humaner Anspruch zum Ausdruck“, so Jungkamp, „so sind denn auch Kunst und Kultur wesentliche Grundlagen für eine starke und lebendige Demokratie im Land Brandenburg.“ Kunst und Kultur sind in Brandenburg an unerwarteten und abgelegenen Orten zu finden. Ob im Kulturverein oder im Jugendzentrum, im selbstorganisierten Theater im Freien, in selbständig betriebenen Programmkinos oder in Ausstellungen in anderweitig nicht mehr genutzten Kirchen – gerade die Vielfalt macht eine demokratische Kultur aus. In Brandenburger Jugendzentren sind dabei Streetart und Graffiti ein ebenso selbstverständlicher Teil von Jugendkulturen wie Punkmusik und Electro. Und das ist auch gut so.



IN BRANDENBURG

Migrantinnen und Migranten in Brandenburg



In Brandenburg leben außergewöhnlich wenige Menschen nicht-deutscher Herkunft. Gleichzeitig gibt es in unserem Bundesland immer noch Regionen, in denen sich Migrantinnen und Migranten schnell unwohl fühlen können: Alltagsrassismus und Diskriminierung, Präsenz von Neonazis oder schlichtweg Fremdenfeindlichkeit prägen vielfach den Alltag. Asylsuchende Flüchtlinge sind dabei in Brandenburg in einer besonders prekären Lage: Zu oft gegen ihren Willen und teilweise auch ohne Zustimmung der lokalen Bevölkerung werden sie in Sammelunterkünfte in Brandenburg verteilt und leben dort abgeschnitten von gesellschaftlicher Beteiligung und kultureller Begegnung, häufig über Jahre hinweg, bis

ihr Asylverfahren entschieden wurde. Um diese Situation zu verändern, gibt es Gruppen in Brandenburg, die aktiv sind gegen Diskriminierung und Rassismus, gegen Abschiebung von Flüchtlingen und für mehr Rechte und ein Leben in Würde für Asylsuchende. Viele dieser lokalen und regionalen Initiativen – von selbstorganisierten Flüchtlingsgruppen bis zu kirchlichen Organisationen – sind im Flüchtlingsrat Brandenburg vernetzt und engagieren sich seit Jahren für ein demokratisches Leben in Brandenburg.

Aktiv für Demokratie, aktiv gegen Neonazis

Leider gibt es auch in Brandenburg neonazistische Organisationen und Gruppierungen – von diversen lokalen oder überregionalen Kameradschaften bis zur NPD reicht das Spektrum antidemokratischer Strukturen. Aber in Brandenburg existiert gleichzeitig eine weit bekannte Praxis von aktiver Gegenwehr gegen solche Bestrebungen. Neben lokalen Antifa-Gruppen stellen sich viele Bündnisse verschiedener Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen entschlossen Neonazis in den Weg und werden aktiv gegen Rechts.



Aktiv für Demokratie, aktiv gegen Neonazis

Eine Großzahl von ihnen hat sich im landesweiten „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechts-extremismus und Fremdenfeindlichkeit“ zusammengeschlossen. Mithilfe eines breiten demokratischen Konsens konnten in der Vergangenheit beachtliche Erfolge gegen Alt- und Neonazis erzielt werden: So wurden neonazistische Großdemonstrationen wie in Halbe gestoppt und abgeschafft, aber auch ein Einzug der NPD in den Landtag bislang verhindert. Auch der im Sommer 2010 von der „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ organisierte Demo-Marathon durch sieben Städte, ein regionaler Neonazi-Organisierungsversuch, konnte von dem breiten Bürgerbündnis „Brandenburg nazifrei“ verhindert werden.

Ökologie

Brandenburger interessieren sich für Ökologie: Es entwickeln sich Bürgerinitiativen gegen eine Schweinemastanlage, gegen die Lagerung von CO₂, gegen die Nutzung von Feldern für gentechnische Versuche oder zum Castor-Transport, der immer wieder auch durch Brandenburg rollt. Die Breite der Projekte ist vielfältig und reicht von Kunstprojekten, die die Natur aktiv einbeziehen wollen, über ökologische Bauernhöfe, bis hin zu Kommunen, die Alternativen vorleben und anregen, darüber nachzudenken, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.



Solidarische Ökonomie in Brandenburg

Es gibt in Brandenburg eine Vielzahl von solidarisch wirtschaftenden Unternehmen. Dabei geht es den mitwirkenden Menschen vor allem um gegenseitige Unterstützung und ökologisches Bewusstsein. Zu den Alternativkonzepten zählen beispielsweise Tauschringe, die in Orten wie Schönwalde, Reichenow, Zossen und Templin organisiert sind. Durch das einfache Prinzip von „Geben und Nehmen“ entsteht eine soziale Nachbarschaftshilfe, die so weit wie möglich versucht, ohne Geld auszukommen. Dieses Konzept bietet sozial Schwachen wie Arbeitslosen und Geringverdienern die Möglichkeit, kunsthandwerkliche Dienstleistungen, Serviceleistungen oder materielle Güter jeglicher Natur in Anspruch zu nehmen, die sie sich sonst nicht leisten könnten.

Sport im Verein

Oftmals sind es Sportvereine, in denen vom frühen Kindesalter an solidarischer Zusammenhalt und Teamgeist statt Ausgrenzung vermittelt werden. Einige lokale Vereine hatten oder haben mit Unterwanderungsversuchen durch Neonazis zu kämpfen, andere spüren die Schwierigkeit, in einer immer mehr auf Konkurrenzdenken und berufliche Karriere orientierten Gesellschaft Kinder und Jugendliche für sportliches Miteinander begeistern zu können. Doch die vielen ehrenamtlichen Übungsleiter und Vereinsmitglieder lassen sich nicht beirren und sind ein wichtiger Faktor in der Brandenburger Vereinslandschaft – an vielen Orten aktiv gegen Neonazis und aktiv für ein solidarisches Miteinander.



Umfrage: Warum spenden Unterstützer

„Ich spende 5 Euro für Zivilgesellschaft und gegen CDU-Populismus, weil...

- • • *Zivilgesellschaft Gemeinwohl ist, Vertrauen und Verantwortung heißt. Das schließt Bespitzelung von engagierten Menschen aus.“*
- • • *unser Land mehr Zivilgesellschaft und weniger CDU-Populismus verdient hat.“*
- • • *ich mein Demonstrationsrecht auch in Zukunft wahrnehmen will, ohne dafür bezahlen zu müssen.“*
- • • *Jugendkulturen gefördert werden müssen.“*
- • • *ich in Brandenburg überleben können will.“*
- • • *mir echter Konservatismus wichtig ist.“*
- • • *unsere Brandenburger Initiativen die Zukunft gestalten sollten und nicht eine Potsdamer Parteibürokratie ohne Basis.“*
- • • *wir gesellschaftliche Alternativen entwickeln müssen“*
- • • *Bevorteilung Einzelner dem Gedanken der Entwicklung von Gesellschaft widerspricht. Leitkultur ist langweilig.“*
- • • *ich will, dass hier Probleme gelöst werden.“*
- • • *ich mir nach einem Austritt den CDU-Mitgliedsbeitrag spare und damit lieber etwas Sinnvolles tue.“*
- • • *mir blühende Landschaften versprochen wurden.“*
- • • *sich ja sonst nichts bewegt.“*
- • • *es wichtig und richtig ist.“*

Und warum spenden Sie?

Auf www.gisela.mueller.org können Sie veröffentlichen, warum Sie die Brandenburger Zivilgesellschaft mit 5 Euro unterstützen.

5 Euro für eine lebendige Zivilgesellschaft -
und gegen CDU-Populismus

Was passiert mit den Spenden ?

Mit Ihrer Spende unterstützen Sie konkrete Projekte in Brandenburg. Alle eingegangenen Gelder werden direkt an die nachfolgenden Projekte vergeben und unter diesen gerecht verteilt. Eine aktuelle Übersicht, wie viel Geld eingegangen ist und wofür es ausgegeben wurde, finden Sie auf unserer Website www.gisela.mueller.org

Die Spenden werden durch das Demokratische JugendFORUM Brandenburg e.V. (DJB) verteilt, ein Netzwerk von Brandenburger lokalen und überregionalen zivilgesellschaftlichen Vereinen und Initiativen. Das DJB unterstützt diese Spendenkampagne mit verwaltungstechnischer Hilfe und auch infrastrukturell. Es hat zudem die Spendenempfänger ausgewählt – nicht als Vertreter oder Mitglieder des DJB, sondern als repräsentativ für Brandenburg.

Alle ausgewählten Vereine und Initiativen sind unabhängig und demokratisch. Sie sind Beispiele für die gesamte Brandenburger Zivilgesellschaft und gehören zusätzlich zu den Initiativen, die ganz konkret und jetzt Geld benötigen, um weiterarbeiten zu können. Die Bedarfe können aktuell nicht über eine öffentliche Förderung gedeckt werden. Das halten wir für ein förderpolitisches Versäumnis, mit dem die Träger allerdings nicht allein gelassen werden sollen. Daher wollen wir sie mit den gesammelten Spenden unterstützen.

Wenn Sie einen direkten Kontakt zu den jeweiligen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Initiativen suchen, vermitteln wir Sie auf Anfrage gern weiter:

kontakt@gisela.mueller.org oder unter der Telefonnummer 0177 348 1616.

Soll Ihre Spende ausschließlich an eins der vorgestellten Projekte weitergeleitet werden, kennzeichnen Sie bitte Ihre Spende mit dem entsprechenden Stichwort.





Projekte und Spendenempfänger

„Projekt Videobeamer“ für das virtuelle „Haus der Demokratie“, Zossen

Alle Mitstreiter und Sympathisanten der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ eint das Ziel, demokratische Strukturen in der Großgemeinde Zossen weiterzuentwickeln und somit einen Beitrag für die politische, kulturelle und soziale Entwicklung in Zossen zu leisten. Eine der wichtigsten Herausforderungen ist es, den Rechtsradikalismus in der Stadt zurückzudrängen. Nachdem Neonazis im Januar 2010 das nur wenige Wochen zuvor eröffnete „Haus der Demokratie“ niederbrannten, engagieren sich die Bürgerinnen und Bürger weiterhin in einem „virtuellen“ Haus der Demokratie. Monatlich finden Veranstaltungen rund um Themen zivilgesellschaftlichen Engagements statt. Dafür benötigt der Verein Vorführtechnik, wie einen Videobeamer.

<Stichwort: Wiederaufbau>

„Projekt Trainingslager“ für Kinder einkommenschwacher Familien, Bernau

Der SG Empor Niederbarnim e.V. ist ein Sportverein für Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Barnim. Er braucht dringend Geld für ein Trainingslager für Kinder, das er im Sommer 2011 in Polen durchführen will. Einkommenschwache Familien sollen durch die Spendengelder entlastet werden, so dass ihre Kinder zum Trainingslager mitfahren können.

<Stichwort: Trainingslager>

„Projekt Ausbau Multifunktionsraum“ im Projekthaus Potsdam

Schon heute gibt es mehr Anfragen und Bedarf als Platz und Raum im Projekthaus des InWoLe e.V. in Potsdam. Das Mehrgenerationenhaus kombiniert ein Zentrum für zivilgesellschaftliche Projektarbeit mit einem Wohnprojekt für die Aktiven. An diesem Ort werden die Lebensbereiche Arbeit, Bildung, soziales und politisches Engagement, Kultur und Wohnen miteinander verbunden. Dringend suchen die Vereinsmitglieder nach Finanzierungsmöglichkeiten, um schnell und unkompliziert den bereits konzipierten Multifunktionsraum für Vorträge, Workshops und Seminare bedarfsgerecht ausbauen zu können.

<Stichwort: Multifunktionsraum>

„Projekt Veranstaltungsraum“ Garage, Frankfurt/Oder

Selbstbewusst und engagiert stellen seit 2009 viele ehrenamtlich aktive Mitglieder des Utopia e.V. in Frankfurt/Oder den offenen Veranstaltungsraum „Garage“ baulich her. Damit wird für jugendliche Frankfurterinnen und Frankfurter ein Raum zur Verwirklichung ihrer Ideen in Sachen Kultur, Bildungsevent oder Party zur Verfügung gestellt. Mit wenigen Mitteln und viel Kreativität entsteht so ein erschwinglicher, zugänglicher und phantasievoll gestaltbarer kultureller und sozialer Raum. Doch ganz ohne Eigenmittel lässt sich dieser Ort nicht betreiben. Noch sind einige bauliche Investitionen zu leisten, um ein tragfähiges Konzept sicherzustellen.

<Stichwort: Veranstaltungsraum>

„Projekt ‚Der Ball ist bunt‘“, antirassistische Fanarbeit, Potsdam

Die Fanszene des Potsdamer Fußballvereins „SV Babelsberg 03“ ist vielseitig und laut wie andernorts ebenso. Eines ist im Gegensatz zu einigen anderen ostdeutschen Fußballfanszenen auffällig: Seit Jahren organisieren aktive Fans regionale und überregionale Projekte gegen Rassismus. Auch im Jahr 2011 stehen Gedenkstättenfahrten, Ausstellungen, das „Ultrash“-Festival oder das antirassistische Stadionfest „Der Ball ist bunt“ auf der Tagesordnung. Und wie jedes Jahr gilt das auch für die Frage nach der Finanzierung.

<Stichwort: Fanprojekt>

„Projekt ‚Internetcafés für Flüchtlinge‘“, Flüchtlingsinitiative Eisenhüttenstadt

Unterhaltskosten für internetfähige Computer in Brandenburger Flüchtlingsheimen
Das Projekt „Internetcafés in Flüchtlingsheimen“ wurde im Jahre 2000 von Flüchtlingen aus Brandenburg initiiert. Es wurden mittlerweile 6 Internetcafés mit entsprechenden PC-Arbeitsplätzen in Flüchtlingsheimen in Potsdam, Luckenwalde, Rathenow, Prenzlau und Eisenhüttenstadt eingerichtet. Die Ziele des Projektes sind: die Verbesserung der Lebensqualität, die Reduzierung der Isolation, Schaffung eines alternativen Bildungsangebotes und die Vernetzung der Flüchtlinge untereinander, mit Familien, Freunden und anderen Initiativen. Das Geld wird für den Unterhalt der Internet-Arbeitsplätze gebraucht.

<Stichwort: Internetcafe>

HILFESTELLUNG:

Jede Initiative kann von Diffamierung betroffen sein ... Was tun?

Es kommt leider viel zu häufig vor, dass Politiker Äußerungen über zivilgesellschaftliche Initiativen nutzen, um auf populistischen Stimmenfang zu gehen. Manch kommunales Bündnis gegen Neonazis kann ein Lied davon singen, plötzlich mit absurden Gewalt- oder Extremismus-Vorwürfen konfrontiert zu sein. Initiativen, die vor den Folgen der Gentechnologie in der Landwirtschaft warnen, werden als dumme, fortschrittsfeindliche Bauern dargestellt. Es ließe sich eine ganze Liste solcher Beispiele erstellen wie Sie in der Chronik auf Seite 9 nachlesen können.

Diffamierungen

sind hinterhältig, weil sie falsche und verzerrte Bilder in die Öffentlichkeit transportieren.

Diffamierungen

sind undemokratisch, weil sie die eigentlichen Anliegen verdrehen und damit die zivilgesellschaftliche Initiative politisch isolieren oder sogar kriminalisieren können.

Diffamierungen

sind gemein, weil sie oft funktionieren, auch wenn ihr Inhalt komplett falsch ist. Was einmal in Zeitungen steht, ist nur schwer aus den Köpfen wieder herauszubekommen.

Diffamierungen

sind gefährlich. Denn wer davon betroffen ist, zieht sich womöglich aus dem ehrenamtlichen Engagement zurück, fühlt sich allein gelassen und verraten, missverstanden und ausgenutzt und ist am Ende gar vom politischen Geschäft so enttäuscht, dass jedes gesellschaftspolitische Engagement damit in Frage gestellt wird.

Um in einer solchen Situation nicht aufzugeben, gibt es jedoch Handlungsmöglichkeiten:

TO DO

Überlegen Sie sich, wer genau die Populisten sind.

Aus welchem Interesse reden oder schreiben sie so?

Vergewissern Sie sich, was die eigentlichen Ziele Ihrer eigenen Initiative, Ihres Vereins oder Bündnisses sind.

Werden diese durch die Diffamierung gefährdet? Wenn Sie sich jetzt gegen Diffamierungen wehren, was wollen Sie der Öffentlichkeit vermitteln?

Politische Diffamierungen sind immer öffentliche Auseinandersetzungen. Darum ist es wichtig, dass Sie Ihre Position in der Öffentlichkeit darstellen.

Die Möglichkeiten dazu sind vielfältig: Presseerklärungen, eigene Websites, Flyer, soziale Netzwerke im Internet wie Facebook, Twitter und vieles mehr. Aber auch der direkte Kontakt ist nicht zu unterschätzen: Reden Sie mit Journalistinnen und Journalisten und erklären Sie Ihre Situation. Wenn nötig, reden Sie mit einer Anwältin oder einem Anwalt, ob presserechtlich eine Gegendarstellung angemessen und möglich ist.

Sie sind nicht allein: es gibt viele mögliche Unterstützerinnen und Unterstützer, Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde, Familien und Bekannte, die Ihre Arbeit kennen und schätzen und vielleicht auch schon solche Erfahrungen gemacht haben. Bitten Sie um Hilfe und Unterstützung. Das kann beispielsweise durch eine Unterstützungserklärung geschehen oder durch gemeinsames öffentliches Zurückweisen der diffamierenden Äußerungen.

Es gibt auch offizielle Beschwerdestellen, die in solchen Fällen ansprechbar sind: Datenschutzbeauftragte, Presseverbände, Ombudsmänner und -frauen, Vorgesetzte von Ordnungsbehörden und Abgeordnete mit einem demokratischen Grundverständnis können ebenso Partnerinnen und Partner sein.

Wenn die eigene Arbeit durch Diffamierung falsch in der Öffentlichkeit dargestellt wird, dann hat das viele Nachteile, aber nur einen Vorteil:

Die Diffamierung ist in der Öffentlichkeit. Aber dort können auch Sie sein!

Lassen Sie sich nicht entmutigen, stehen Sie auf und sprechen Sie sich laut für eine demokratische Gesellschaft aus.

